



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Reinhold Strobl SPD**

Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird gebeten, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schriftlich oder mündlich zu berichten:

1. Welche baulichen Minderausstattungen (z.B. zu wenig Aufenthaltsräume für Prozessbeteiligte) gibt es derzeit noch beim neuen Sitzungssaal in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim?
2. Welche Baumängel konnten bisher noch nicht nachgebessert werden?
- 3a. Ist der neue Sitzungssaal für die dort stattfindenden Prozesse uneingeschränkt nutzbar?
- 3b. Wenn nein, ab wann ist dies der Fall?

Begründung:

Wie verschiedene Zeitungen berichteten, gab es starke Vorbehalte von Strafverteidigern in Staatsschutzverfahren gegen den neuen Sitzungssaal in München-Stadelheim. Neben den angebrachten Kameras und den WLAN-Nutzungsbedingungen wurden auch die generellen Sicherheitsbestimmungen für die Besucher und das Fehlen ausreichender Nebenräume für Prozessbeteiligte und Presse kritisiert. In dem neuen Hochsicherheitssaal sollen Prozesse mit besonderem Gefährdungspotenzial durchgeführt werden, daher ist es von besonderer Bedeutung, dass dieser auch allen Anforderungen entspricht. Darüber hinaus sind für diesen Zweck 17 Mio. Euro von der Staatsregierung eingesetzt worden, so dass hier auch die Überprüfung notwendig ist, ob diese hohe Summe gerechtfertigt war, bzw. ob und welche Mehrkosten es geben könnte.